Die Arbeitgeber
Les Employeurs
Gli Imprenditori

Chronik Schweizerischer Arbeitgeberverband
Von 2008 bis heute

2008 – Finanzkrise erreicht die Schweiz
Das 100-Jahr-Jubiläum des Schweizerischen Arbeitgeberverbands (SAV) fällt in eine Zeit des abrupten wirtschaftlichen Umbruchs. Die internationale Finanzkrise erreicht die Schweiz und greift zunehmend auf die Realwirtschaft über. Die Rettung der UBS durch Bund und Nationalbank sowie die Folgen der Krise für Unternehmen und Beschäftigung prägen das Jahr.

2009 – Rezession und Bewährungsprobe für den Arbeitsmarkt
Die Finanzkrise schlägt auf die Realwirtschaft durch. Das Schweizer BIP geht deutlich zurück, besonders die Exportindustrie leidet. Währenddessen erweist sich der Schweizer Arbeitsmarkt als vergleichsweise widerstandsfähig: Die Arbeitslosigkeit steigt weniger stark als zunächst befürchtet.

2010 – Rasche wirtschaftliche Erholung und Sanierung der ALV
Die Wirtschaft erholt sich überraschend schnell. Unterdessen wird die hoch verschuldete Arbeitslosenversicherung zum zentralen sozialpolitischen Thema. Das Stimmvolk nimmt im September die Revision der ALV an, welche die Versicherung finanziell stabilisieren soll.

2011 – Frankenstärke und Wechsel an der Verbandsspitze
Die europäische Schuldenkrise und die starke Aufwertung des Frankens setzen insbesondere die Schweizer Exportwirtschaft und den Tourismus unter Druck. Die Schweizerische Nationalbank legt am 6. September einen Mindestkurs von 1.20 Franken pro Euro fest. An der Spitze des SAV kommt es zu einem Wechsel: Valentin Vogt übernimmt das Präsidium von Rudolf Stämpfli.

2012 – Die Zuwanderung rückt stärker ins Zentrum
Trotz Euro- und Schuldenkrise entwickelt sich die Schweizer Wirtschaft vergleichsweise robust. Gleichzeitig intensiviert sich die Debatte über die Personenfreizügigkeit und die Zuwanderung. Der SAV lanciert gemeinsam mit anderen Wirtschaftsverbänden das Projekt «Wirtschaft für eine konstruktive Zuwanderungspolitik», um die Diskussion stärker auf Fakten und den wirtschaftlichen Nutzen der Zuwanderung auszurichten. Auch die Reform der Altersvorsorge gewinnt an Bedeutung.

2013 – Robuste Wirtschaft, zunehmender Druck auf die Personenfreizügigkeit
Die Schweizer Wirtschaft wächst solide, und der Arbeitsmarkt bleibt vergleichsweise stark. Mehrere wirtschaftspolitische Abstimmungen prägen die öffentliche Debatte. Nach der Annahme der Minder-Initiative lehnt das Stimmvolk die 1:12-Initiative deutlich ab. Gleichzeitig verschärft sich die politische Auseinandersetzung um die Zuwanderung. Diese Entwicklung mündet Anfang 2014 in eine grundlegende europapolitische Zäsur. Mit

Schweizerischer Arbeitgeberverband Hegibachstrasse 47 Postfach 8032 Zürich
T +41 44 421 17 17 verband@arbeitgeber.ch arbeitgeber.ch

der Übergabe der Direktion von Thomas Daum an Roland A. Müller kommt es 2013 in der operativen Führung des SAV zu einem Wechsel.

2014 – Ja zur Masseneinwanderungsinitiative
Am 9. Februar stimmt die Schweiz mit 50,3 Prozent der Masseneinwanderungsinitiative zu. Für den SAV wird deren Umsetzung zum dominierenden politischen Thema. Er setzt sich für eine Lösung möglichst nahe am Freizügigkeitsabkommen ein und bringt eine Schutzklausel ins Spiel. Zudem lanciert er das Projekt «Zukunft Arbeitsmarkt Schweiz» zur stärkeren Nutzung des inländischen Arbeitskräftepotenzials.

2015 – Frankenschock und europapolitische Unsicherheit
Am 15. Januar hebt die Nationalbank den Euro-Mindestkurs auf. Für viele Unternehmen verschlechtert sich die Wettbewerbsposition schlagartig. Parallel bleibt die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative ungelöst. Weitere Schwerpunkte des SAV sind die Altersvorsorge 2020, die Arbeitszeiterfassung und die höhere Berufsbildung.

2016 – Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative
Die politische Debatte über die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative prägt das Jahr und wird Ende 2016 abgeschlossen. Ausserdem bekämpfen die Arbeitgeber erfolgreich die Initiativen für ein bedingungsloses Grundeinkommen und AHVplus. Der demografisch bedingte Arbeitskräftemangel gewinnt sichtbar an Bedeutung.

2017 – Altersvorsorge 2020 scheitert
Die Reform der Altersvorsorge wird zum zentralen sozialpolitischen Thema. Der SAV lehnt die vom Parlament verabschiedete Vorlage ab, weil sie aus seiner Sicht keine nachhaltige finanzielle Stabilisierung bringt. Im September scheitert die Reform in der Volksabstimmung. Parallel gewinnt die Frage des längeren Arbeitens aufgrund der demografischen Entwicklung an Bedeutung.

2018 – Beziehungen zur EU und Berufsbildung
Die Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen Schweiz–EU erreichen eine entscheidende Phase. Der SAV unterstreicht die Bedeutung eines freien und geregelten Marktzugangs zur EU. Gleichzeitig befasst sich der SAV mit den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und der Sicherung qualifizierter Arbeitskräfte. Die Berufsbildung erhält mit den SwissSkills besondere Aufmerksamkeit.

2019 – Reformdruck bei AHV und BVG
Mit der Annahme der STAF erhält die AHV zusätzliche Mittel, aus Sicht des SAV bleibt der strukturelle Reformbedarf jedoch bestehen. Daneben rückt die Reform der zweiten Säule ins Zentrum. Der SAV präsentiert zusammen mit Sozialpartnern einen Kompromissvorschlag für die BVG-Reform. Weiter lanciert er mit digitalswitzerland die Kampagne «#LifelongLearning», die Aus- und Weiterbildung angesichts der Veränderungen der Arbeitswelt stärken soll.

2020 – Corona verändert Wirtschaft und Arbeitswelt
Die Pandemie wird zur grössten unmittelbaren Herausforderung seit der Finanzkrise. Nach Ausrufung der ausserordentlichen Lage am 16. März arbeitet der SAV eng mit Bund, Kantonen und Sozialpartnern zusammen. Kurzarbeit wird zum zentralen Instrument zur Stabilisierung des Arbeitsmarkts; der SAV unterstützt zudem gezielte Härtefallhilfen, lehnt aber breit angelegte Konjunkturprogramme ab.

2021 – Pandemie, Digitalisierung und Bruch mit der EU
Die Corona-Krise prägt Wirtschaft und Arbeitsmarkt weiterhin. Der SAV begleitet die gesundheitspolitischen Massnahmen aus Sicht der Arbeitgeber und unterstützt unter anderem das Covid-19-Gesetz. Der SAV lanciert erstmals seinen Beschäftigungsbarometer; zugleich beschleunigt die Pandemie Homeoffice und Digitalisierung. Am 26. Mai beendet der Bundesrat die Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen. Für den SAV rückt damit die Sicherung des bilateralen Wegs erneut ins Zentrum.

2022 – Ukraine-Krieg, Inflation und Arbeitskräftemangel
Auf die Pandemie folgt unmittelbar die nächste Krisenphase. Russlands Angriff auf die Ukraine, steigende Energie- und Rohstoffpreise sowie Inflation prägen das Jahr. Zugleich gewinnt der strukturelle Arbeitskräftemangel an Bedeutung. Der SAV stellt deshalb die demografische Entwicklung und die langfristige Sicherung des Arbeitskräftepotenzials stärker ins Zentrum.

2023 – Arbeitskräftemangel wird zum strukturellen Schlüsselthema
Trotz wirtschaftlicher Abkühlung bleibt der Schweizer Arbeitsmarkt robust und der Arbeitskräftemangel akut. Der SAV fordert eine bessere Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials. Weitere Schwerpunkte sind die Stärkung der höheren Berufsbildung, die Europapolitik und die langfristige Finanzierung der Altersvorsorge. Mit Severin Moser steht zudem ein neuer Präsident an der Spitze des Verbands.

2024 – Rückschläge für die Altersvorsorge
Die Schweizer Stimmbevölkerung nimmt die 13. AHV-Rente an, während sowohl die Renteninitiative der Jungfreisinnigen als auch die BVG-Reform scheitern. Für den SAV verschärft sich damit der strukturelle Reformbedarf in der Altersvorsorge. Zudem bleiben der Arbeitskräftemangel, die Berufsbildung und die Beziehungen zur EU zentrale Themen.

2025 – Bilaterale III und zunehmender Reformdruck
Die unsichere internationale Lage bildet den Hintergrund eines Jahres, in dem für den SAV insbesondere das neue Vertragspaket mit der Europäischen Union («Bilaterale III») im Zentrum stehen. Beim Lohnschutzpaket beteiligte sich der SAV gemeinsam mit den anderen Sozialpartnern und dem Bund an der Erarbeitung flankierender Lösungen. Ausserdem verschärft sich die Diskussion um die künftige Finanzierung der AHV. Der Jahresbericht 2025 erscheint erstmals nach dem Prinzip «digital first».